



Pressemitteilung

G9 ja - aber richtig! **SPD in Mülheim lehnt Volksbegehren ab.**

21.02.2017, Mülheim an der Ruhr.

Mit ihrem gerade beschlossenen NRW-Plan bietet die SPD eine deutliche Alternative zur Verlängerung der Schulzeit - einem individuellen Weg zum Abitur nach 8 aber auch nach 9 Jahren. Das Ziel der SPD ist es, den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Leben und Lernen an den Schulen zu geben. Um die Durchlässigkeit zu erhöhen wird die Sekundarstufe I an den Gymnasien wieder auf 6 Jahre verlängert. Dies ermöglicht nicht nur mehr Zeit und weniger Belastung, sondern auch einen gleichwertigen mittleren Abschluss nach der 10. Klasse an allen Schulen in NRW. Durch eine Reform der gymnasialen Oberstufe ermöglicht die SPD eine Wahlfreiheit, die zu einem Abitur nach 12 oder 13 Jahren führen kann.

"Wir bieten eine deutlich bessere Alternative, als die Initiatoren des Volksbegehrens!", so Mathias Kocks, bildungspolitischer Sprecher der SPD in Mülheim. "Die Auswirkungen auf die meisten integrierten Schulen, wie auch den Haupt- und Realschulen durch das Volksbegehren wird von den meisten Menschen nicht wahrgenommen!"

Kocks spielt darauf an, dass das hinzugefügte 13. Schuljahr an den Gymnasien durch eine Kürzung der Unterrichtstafel der anderen Schulformen finanziert werden soll. Die Initiatoren von "G9 jetzt" wollen die Kürzung des Unterrichts in den Klassen 5 - 10 für alle Schulen aller Schulformen auf 180 Jahreswochenstunden durchsetzen, um ihr Modell zu finanzieren. Dies bedeutet für alle Schulen neben dem Gymnasium eine Reduzierung der Stundentafel von 8 Stunden und damit eine Unterrichtskürzung von fast 5% in der Sekundarstufe I.

"Allen, die dieses Volksbegehren unterschreiben, sollte klar sein, dass es bei einer Annahme für 60% unserer Schülerinnen und Schüler zu Unterrichtskürzungen kommen würde!", warnt Kocks.

In der Tat ist es so, dass bei einer erfolgreichen Annahme des Begehrens der Landtag über die Gesetzesänderungen zu beschließen hat. Es gäbe dann z.B. keine Möglichkeit mehr, den Gesetzentwurf im Rahmen von einer Expertenanhörung noch zu verändern.

"Für mich gibt es keinen logischen oder fachlichen Zusammenhang zwischen einer Schulzeitverlängerung am Gymnasium und einer Unterrichtskürzung an allen anderen Schulen!", so Kocks, "Wer eine Verlängerung der Schulzeit möchte, sollte am 14. Mai zur Wahl gehen und nicht das Volksbegehren unterstützen!"

Mathias Kocks ist bildungspolitischer Sprecher der SPD in Mülheim und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)